

**MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE BEIM
EINE WELT-LANDESNETZWERK IN IHREM
BUNDESLAND:**

DEAB - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.

www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER - Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V.

www.eineweltstadt.berlin

VENROB - Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.

www.venrob.org

BeN - Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.

www.ben-bremen.de

EWNW - Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

www.ewnw.de

EPN Hessen - Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.

www.eine-welt-mv.de

VEN - Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.

www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.

www.eine-welt-netz-nrw.de

ELAN - Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk
Rheinland-Pfalz e.V.

www.elan-rlp.de

NES - Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.

www.nes-web.de

ENS - Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.

www.einewelt-sachsen.de

ENSA - EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.

www.ewnsa.de

BEI - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

www.bei-sh.org

EWNT - Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.

www.ewnt.de

Die **Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)** fordert, dass Bund, Länder und Kommunen ihrer Verantwortung für den Schutz von Menschen- und Arbeitsrechten nachkommen. In Ausschreibungen sind konsequent soziale und ökologische Kriterien zu fordern und Waren einzukaufen, die umwelt- und sozialverträglich produziert wurden. Dies schließt die Einhaltung von grundlegenden internationalen Arbeitsrechten ein und kann einen Beitrag dazu leisten, die Wirtschaft zur Einhaltung von Mindeststandards zu bewegen und Unternehmen zu unterstützen, die dies bereits nachweislich tun.

Das **Fachforum „Konsum & Produktion“** der agl setzt sich aus Promotor*innen und Expert*innen der jeweiligen Landesnetzwerke zusammen und bündelt die Expertise der agl zu den Themen der nachhaltigen Beschaffung, des Fairen Handels, der sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen sowie dem Themenkomplex Bio-Regional-Fair. Das Fachforum bietet eine Plattform zum Austausch über Strategien, wie auf Landesebene effektiv ein an Sozialkriterien ausgerichtetes Beschaffungswesen erreicht werden kann, entwickelt Positionen und organisiert dazu Fachgespräche, Kampagnen und regionale wie bundesweite Veranstaltungen.

ANSPRECHPARTNER / BUNDESKOORDINATOR:

Markus Schwarz,
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)
Walkerdamm 1, 24103 Kiel
E-Mail: bundeskoordination-kp@agl-einewelt.de
Fon: 0481/6405 9885 / **Mobil:** 0172/573 7044

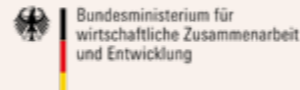
Impressum:

Text: Markus Schwarz, für die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.
Layout: www.dominiquebenirschke.com
Foto: Flickr: Dhaka Savar Building Collapse by Rijans007
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>
deed.de
Dieser Flyer entstand im Rahmen der Stelle zur Bundeskoordination Konsum und Produktion beim Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein, gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt sind die Herausgeber allein verantwortlich.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



**MENSCHEN- UND
ARBEITSRECHTE
SCHÜTZEN.
VERANTWORTLICHE
BESCHAFFUNG
UMSETZTEN!**



arbeitsgemeinschaft der
eine welt-landesnetzwerke
in deutschland e.v.

**NACHHALTIGE
BESCHAFFUNG**

In Deutschland wird etwa **jeder sechste Euro** durch die öffentliche Hand (Bund, Ländern und Kommunen) ausgegeben. Ungefähr die Hälfte der Ausgaben entfällt dabei auf kommunale Einrichtungen.

Diese starke **Marktmacht** können öffentliche Einrichtungen nutzen, um eine ökologisch und sozial verantwortliche Produktion voranzubringen und eine **Vorbildrolle** für einen nachhaltigen privaten Konsum einzunehmen. In einigen Produktbereichen zeigt sich bereits, dass der Markt auf die veränderte Nachfrage reagiert und sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette konkret verbessern. Die öffentliche Beschaffung ist damit ein **Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung**.



Die besondere Rolle der öffentlichen Beschaffung wird zudem auch in den **Globalen Nachhaltigkeitszielen** (Sustainable Development Goals, SDGs) herausgestellt. Es ist als wichtiges Kriterium benannt, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12) zu schaffen. Nach den **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** ist die öffentliche Beschaffung ein wichtiges Handlungsfeld bei der Verpflichtung des Staates, die Menschenrechte zu schützen.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die Europäische Union vollzog 2014 eine **Reform des Vergaberechts** in Europa, mit der auch die nachhaltige öffentliche Beschaffung gestärkt wurde. Im Frühjahr 2016 wurden die EU-Richtlinien durch die Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der dazugehörigen Verordnungen in deutsches Recht umgesetzt. Mit Bundesländern wurde zudem die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) erarbeitet und im Februar 2017 veröffentlicht. Diese sollte umgesetzt und in die vergaberechtlichen Regelungen der Länder einfließen.

STÄRKUNG DER NACHHALTIGEN BESCHAFFUNG

Wichtigste Neuerung in diesen Bestimmungen ist, dass **Nachhaltigkeit als Vergabegrundsatz** verankert wurde (GWB, § 97, Abs. 3). Dies sollte in weiteren Regelungen auf Landes- wie kommunaler Ebene nicht nur implizit, sondern ausdrücklich aufgenommen und umgesetzt werden.

Soziale und ökologische Aspekte sind dabei als gleichrangige Dimensionen der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen. Auch wurde mit der Vergaberechtsreform 2016 klargestellt, dass **immaterielle Produkteigenschaften** Merkmale des Auftragsgegenstandes sind (VgV, § 31, 3). **Arbeitsbedingungen, Umweltschutzvorkehrungen bei der Herstellung oder entlang der gesamten Lieferkette sind jeweils Teil des Produktes**, welches eingekauft werden soll. Anforderungen daran können in einer Ausschreibung gestellt und nicht mehr als „vergabefremde Kriterien“ abgebetan werden.

KONTROLLMÖGLICHKEITEN

Mit der jüngsten Vergaberechtsreform wurde auch klargestellt, dass der öffentliche Auftraggeber als Beleg für die Beachtung der geforderten Merkmale die Vorlage von **Gütezeichen** verlangen kann. Dies vereinfacht Beschaffungsverantwortlichen die Kontrolle der Erfüllung der geforderten Kriterien und animiert Unternehmen, die Einhaltung von Standards unabhängig kontrollieren zu lassen.

KEINE STEUERGELDER FÜR AUSBEUTUNG

Bei vielen Einkäufen öffentlicher Einrichtungen werden Waren beschafft, welche in Ländern des Globalen Südens hergestellt und produziert werden. Ob Bürocomputer in der Verwaltung, Spielzeuge in Kindergärten oder Uniformen für Polizei, Feuerwehr und andere Ämter – die Gefahr besteht, dass in der Produktionskette Menschen-, Arbeits- oder Umweltrechte verletzt wurden.

- Bei der Produktion von Kleidung in Asien und auch Osteuropa erhalten Beschäftigte oft **keine existenzsichernden Löhne**; Arbeits- und Gebäudeschutz sind häufig mangelhaft.
- Natursteine aus China oder Indien werden zumeist unter **ausbeuterischen Bedingungen** abgebaut. Kinder- und auch Zwangsarbeit sind nicht selten an der Tagesordnung und Arbeitsschutz oft nicht gewährleistet.
- In den Produktionsstätten von IT-Geräten werden **massiv Arbeitsrechte und Gesundheitsstandards verletzt**. Verwendet werden sogenannte Konfliktmineralien, die unter menschenunwürdigsten Bedingungen abgebaut werden.
- Lebensmittel werden oft unter ökologisch fragwürdigen Bedingungen angebaut, **ohne langfristige Perspektiven für Produzent*innen** oder Beachtung der Kriterien des Fairen Handels.

- ▶ **Ausbeuterische Arbeitsbedingungen wie diese dürfen nicht mit Steuergeldern aufrechterhalten werden!**

Der Fabrikesturz von Rana Plaza 2013 in Bangladesch, bei dem mehr als 1100 Näher*innen starben, verdeutlichte, dass die fehlende Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette zahlreiche Opfer fordert.



POSITIVE BEISPIELE

- Viele Kommunen, Regionen und Bundesländer achten beim Einkauf von **Lebensmitteln** und Catering auf regionale, saisonale, biologisch angebaute und fair gehandelte Produkte.
- Städte u.a. Dortmund, Bonn, Würzburg und weitere Kommunen haben in den letzten Jahren in Musterausschreibungen **Dienst- und Schutzkleidung** unter Berücksichtigung von Sozialstandards eingekauft.
- Der IT-Dienstleister der norddeutschen Bundesländer hat bei seinen letzten Ausschreibungen von seinen Bietern verlangt ein Konzept vorzulegen, wie diese die Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferkette verbessern wollen – mit Erfolg und sichtbaren Verbesserungen der Bedingungen.
- Viele Städte achten bei verschiedenen Produkten auf die Einhaltung von Sozialstandards, u.a. beim Einkauf von **Teppichen** (in Bremen) oder von **Blumen** (Stadt München), die entweder aus der Region oder aus dem Fairen Handel eingekauft werden.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

...FÜR DIE POLITIK:

- Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in Gesetzen und Regelungen auf allen Ebenen.
- Aufbau und Unterstützung von zentralen Ansprechpersonen für nachhaltige Beschaffung und Einrichtung von Landeskompetenzstellen, welche Beschaffungsverantwortliche beraten und Positiv-Beispiele verbreiten können.
- Verankerung der nachhaltigen Beschaffung in der Aus- und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen.
- Organisation und Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerken für nachhaltige Beschaffung, mit Kommunen, Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

...ALS VERWALTUNG:

- Information über die Problematiken entlang der Lieferkette von verschiedenen Produktgruppen.
- Konsequente Verankerung von Sozialkriterien in Ausschreibungen – möglichst im Dialog mit Bietern über die gestellten Anforderungen.
- Forderung von verlässlichen Nachweisen über die Einhaltung der Sozialstandards-, oder von zielführenden Maßnahmen, diese zu erreichen.
- Nutzung von Plattformen und Austauschnetzwerken, wie den „Kompass Nachhaltigkeit“ oder die Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung (KNB).

...ALS BÜRGER*INNEN:

- Forderung an Stadtvertreter*innen, Bürgermeister*innen oder Landtags- und Bundestagsabgeordnete, sich für ein nachhaltiges Beschaffungswesen und entsprechende Gesetze und Regelungen einzusetzen.
- Engagement für einen nachhaltigen Einkauf in Ihrer Kommune, Schule, Kirchengemeinde, Universität, Gewerkschaft, Verein oder Arbeitgeber – wir unterstützen Sie gern!
- Vernetzung mit weiteren Akteuren für nachhaltigen Konsum in Ihrer Region, über das Eine Welt Landesnetzwerk in Ihrem Bundesland. Zu finden unter:

www.agl-einewelt.de